

Antrag 104/I/2024

AG Migration und Vielfalt LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Parteivorstand möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch 100/I in der Fassung des Landesvorstandes

Außenpolitische Weichenstellung hin zur Deeskalation im Nahen Osten und zu einer Zwei-Staaten Lösung

1 Der Staat Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung. Das
2 gilt auch für die Reaktion auf den entsetzlichen Terroran-
3 schlag der extremistischen Hamas vom 7. Oktober 2023.
4 Es liegt ebenso in der Verantwortung des Staates Isra-
5 el, die Menschenrechte und das internationale Völker-
6 recht zu wahren, auch wenn die Terrororganisation Hamas
7 sich hinter zivilen Einrichtungen und Zivilist:innen völker-
8 rechtswidrig versteckt.

9
10 Der UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk erklärte
11 am 19.3.24:

12
13 "Das Ausmaß von Israels anhaltenden Beschränkungen
14 für die Einfuhr von Hilfsgütern in den Gazastreifen, zu-
15 sammen mit der Art und Weise, wie es die Kampfhand-
16 lungen weiterführt, könnte dem Einsatz von Hunger als
17 Kriegsmethode gleichkommen, was ein Kriegsverbrechen
18 ist."

19
20 In Gaza sind aktuell hunderttausende Zivilist:innen vom
21 Hungertod bedroht.

22
23 Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat Ende Januar ent-
24 schieden, dass Israel sofortige und wirksame Maßnahmen
25 ergreifen muss, um die dringend benötigte Grundversor-
26 gung der Palästinenser im Gazastreifen zu ermöglichen.
27 Dem ist die Israelische Regierung bisher nicht nachgekom-
28 men.

29 Das Vorgehen der Israelischen Regierung unter dem Ka-
30 binett Netanjahu hat damit die Grenze dessen, was als
31 Selbstverteidigung legitim ist, überschritten.

32
33 In dieser Situation fordern wir von allen Sozialdemo-
34 krat:innen im Bundestag und in der Bundesregierungsich
35 für eine Deeskalation im Nahen Osten einzusetzen, insbe-
36 sondere für:

- 37 • Einen sofortigen Waffenstillstand von beiden
- 38 Kriegsparteien
- 39 • Die humanitäre Versorgung u.a. durch Humanitäre
- 40 Gütern, Medikamente, Wasser und Nahrungsmittel
- 41 für die notleidende Bevölkerung in Gaza per Hilfslie-
- 42 ferung auch durch LKWs zu gewährleisten
- 43 • Unabhängige Beobachter:innen der Presse sowie
- 44 Humanitären Organisationen wie bspw. Ärzte Ohne
- 45 Grenzen Zugang zu Gaza zu gewähren
- 46 • Die Freilassung aller Geiseln seitens der Hamas

- 47 • Die Anerkennung einer palästinensischen Staatlich-
48 keit als Vorbedingung gemäß des Vorschlags des bri-
49 tischen Außenministers Cameron
- 50 • Die konkrete Umsetzung einer Zwei-Staaten-
51 Lösung entlang des 10-Punkte Plans des Außenbe-
52 auftragten der Europäischen Union Josep Borell für
53 einen nachhaltigen Frieden
- 54 • Eine internationale UN-Schutztruppe zu Durchset-
55 zung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Ga-
56 za
- 57 • Die Vorbereitung, Durchführung und Gewährleis-
58 tung von demokratischen (Neu-)Wahlen in Israel
59 und Palästina
- 60
- 61 Solange die israelische Regierung sich den beschriebenen
62 Zielen verwehrt, die in ihrer Umsetzungskompetenz lie-
63 gen, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder der
64 Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf,
65 Waffenlieferungen an Israel temporär und mit sofortiger
66 Wirkung auszusetzen.